

An den Pranger

Eigentlich gibt es nichts Neues. Alles wiederholt sich, irgendwann. Zwar sind die Anfänge der AfD mit denen der NSDAP nicht 1:1 vergleichbar, es gibt aber Parallelen. Und wohin die geführt haben, wissen wir. Bevor wir uns mit dem neuesten „Demokratie-Projekt“ der „Alternative für Deutschland“ beschäftigen, folgender Hinweis: Bitte unbedingt anschauen:

<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/mitternachtsspitzen/video-mitternachtsspitzen-im-oktober-108.html>

Vor allem die Beiträge von Ingmar Stadelmann 00:39 und Wilfried Schmückler 00:57 sind sehr empfehlenswert und passend zum Thema.

Die AfD will also am Montag eine Plattform freischalten, auf der Schülerinnen und Schüler ihre Lehrer anschwärzen können. Und zwar dann, wenn sie sich negativ über die AfD geäußert haben und damit das Neutralitätsgebot verletzen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine öffentliche Denunziation, ein An-Den-Pranger-Stellen, ein beliebtes Vorgehen im Mittelalter gegen Menschen, die sich angeblich nicht korrekt verhalten haben.

Nein, wir müssen nicht über die AfD sprechen und erst recht nicht darüber, wie rechts sie steht. Alles über diese Partei und ihre Protagonisten ist bekannt und in der Lügenpresse nachzulesen.

Immer wieder ist zu hören, man müsse die AfD-Wähler zurückgewinnen. Wie der CSU-Versuch in Bayern ausging, ist bekannt. CSU -10 Prozent, AfD +10 Prozent. Herzlichen Glückwunsch. Es ist ein Irrtum, die AfD-Wähler mit den Parolen der AfD zurückholen zu wollen. Der Umgang mit den AfD-Wählern ist allerdings zu weichgespült und rücksichtsvoll. Völliger Quatsch. Wer die AfD wählt, ist ein Dummkopf, weil er sich gegen unsere liberale und freiheitliche Gesellschaftsordnung stellt und dem Ansehen unseres Landes in der Welt großen Schaden zufügt. Es ist doch keine Entschuldigung, wenn immer wieder gesagt wird „nicht alle AfD-Wähler sind Nazis.“ Ein paar reichen völlig aus, um diese Partei nicht wählen zu können. Es sind auch nicht alle CDU-Wähler Christen, und es tragen nicht alle CSU-Wähler Seppelosen, auch sind längst nicht mehr alle SPD-Wähler Arbeiter, oder Wähler der Linken Kommunisten, oder der FDP reiche Leute, und auch die Grünen-Wähler essen nicht alle Müsli. Man muss nicht Nazi sein, um die AfD zu wählen, einfach nur dumm genug reicht aus.

Was sagt eigentlich diese wunderbare neue Datenschutzverordnung dazu, Menschen auf Internetseiten namentlich zu nennen und zu diskreditieren?

Reaktionen, über die wir nachfolgend informieren möchten, gibt es viele. Am besten gefällt uns die von zwei Lehrern, über die Der Tagesspiegel berichtet. Es „kursieren offene Briefe an die Partei und Fraktion, in denen sich Kollegien oder einzelne Pädagogen dem ‚Einschüchterungsversuch‘ entgegenstellen und ihre ‚Vergehen‘ von sich aus melden.

Zwei Lehrer aus Westend schrieben einen Brief, aus dem Der Tagesspiegel zitiert. „Wir gestehen, dass wir die Zeit des Nationalsozialismus nicht als kleinen ‚Vogelschiss‘ behandelt haben“. Insgesamt sind elf „Geständnisse“ aufgelistet, die sich auf Unterschriftenlisten befinden. Diese können von Lehrern unterschrieben und bis zum 15. Dezember an „Bildet Berlin!“ geschickt werden.

<https://bildet-berlin.de/docs/OffenerBriefAfD.pdf>

Hier der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren der Berliner AfD!

In den letzten Tagen entnahmen wir den Nachrichten, dass Sie für Berliner Schüler*innen eine Beschwerdeplattform zur Meldung AfD-kritischer Lehrer*inneneinrichten werden.

Wir nehmen Ihnen diese Arbeit gerne ab:

- 1) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit geworben haben.
- 2) Wir gestehen, dass wir die Zeit des Nationalsozialismus nicht als kleinen „Vogelschiss“ behandelt haben, sondern als das, was sie war: Ein verbrecherischer, undemokratischer und zutiefst menschenrechtsverletzender Teil der deutschen Geschichte.
- 3) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht die Position, dass CO₂ nicht schädlich sei und der Mensch zur Verhinderung des Klimawandels nichts tun könne und müsse, kritisch hinterfragt haben und die Schüler*innen gebeten haben, nach weiteren Handlungsoptionen zu forschen.
- 4) Wir gestehen, dass wir sprachliche Tabubrüche von Seiten Ihrer Partei und anderen Menschen als solche im Unterricht thematisiert haben, weil rassistische und diskriminierende Aussagen als solche in unserem Land benannt werden müssen.
- 5) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht die Schüler*innen zu Differenzierung und Perspektivenvielfalt angestiftet haben.
- 6) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht das komplexe Thema der Migration nicht als Erklärung für alle Probleme in Deutschland haben gelten lassen.
- 7) Wir gestehen, dass wir im Unterricht darauf hingewiesen haben, dass u.a. Ihre Partei hinsichtlich

der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen in Gesellschaft und Politik noch Förderbedarf besitzt.

8) Wir gestehen, dass wir uns kontinuierlich auf den Artikel 3 des Grundgesetzes berufen und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, politischer oder religiöser Überzeugung im Unterricht nicht erlaubt haben.

9) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht aktiv Produkte der von Ihnen bekämpften Medien eingesetzt und hinsichtlich ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit untersucht haben.

10) Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht offensichtliche Lügen, wissenschaftliche Halbwahrheiten und allgemeine Ungenauigkeiten in Quellen über all die Jahrhunderte analysiert und interpretiert haben.

11) Wir gestehen, dass wir überlegen, einen Längsschnitt zum Thema „Denunziation in verschiedenen historischen Epochen (Römische Republik–Inquisition im Mittelalter Nationalsozialismus–Deutschland 2018)“ zu entwickeln.

„Falls der Start der Plattform in Berlin gelingt, wäre es das dritte Bundesland, in der die AfD auf diese Weise versucht, Informationen über Lehreräußerungen zu sammeln. Der für Freitag angekündigte Start der Brandenburger Plattform scheiterte.“, schreibt Der Tagesspiegel.

Weitere Reaktionen

Berlins Bildungssenatorin **Sandra Scheeres** (SPD) ruft Eltern, Schüler und Schülerinnen dazu auf, sich nicht am geplanten AfD-Portal zu beteiligen.

Sandra Scheeres: „Die AfD gibt vor, das Neutralitätsgebot zu schützen, aber in Wirklichkeit will sie Schulen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Sie verfolgt offensichtlich das Ziel, mit dieser Plattform ihr politisch missliebige Lehrkräfte an den Pranger zu stellen. Das sät Misstrauen, fördert Denunziantentum und vergiftet das Schulklima. Ich hoffe sehr, dass die Berliner Eltern- und Schülerschaft sich nicht an einem solchen Projekt beteiligt. Als Dienstherr wird meine Verwaltung betroffene Lehrkräfte bestmöglich unterstützen.“

Im Zusammenhang mit dem Neutralitätsgebot in den Berliner Schulen betont Scheeres: „Die AfD hat offenbar das Neutralitätsgebot nicht verstanden. Es bedeutet nicht, dass keine Haltung vermittelt wird. Es ist Aufgabe der Schule, die im Grundgesetz und Schulgesetz formulierten Werte wie Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Selbstverständlich darf keine Indoktrination von Schülern und Schülerinnen erfolgen.“

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird die Berliner Datenschutzbeauftragte um eine Überprüfung der Zulässigkeit des AfD-Vorhabens bitten.

Die Regierungsfractionen aus SPD, Linken und Grünen äußern sich in einer gemeinsamen Presseerklärung: „Die Gründung dieser Plattform zeigt eindeutig, welches Verhältnis die AfD zu ihrer Rolle im Parlament hat. Die AfD will damit offensichtlich Schüler*innen instrumentalisieren und zum Denunzieren aufrufen, so wie es in Diktaturen üblich ist. Jetzt ist die Zivilgesellschaft gefragt, sich dem entgegenzustellen und mit uns gemeinsam die Demokratie zu schützen.“

Dr. Maja Lasić (SPD): „Die AfD verzichtet bewusst auf sämtliche parlamentarische Möglichkeiten, um für besseren Diskriminierungsschutz zu kämpfen. Sie entscheidet sich stattdessen für diesen zwar öffentlichkeitswirksamen, aber moralisch fragwürdigen, rechtlich unsicheren und für Missbrauch äußerst anfälligen Weg. Die Senatsverwaltung ist selbstverständlich in der Pflicht, ihre Lehrkräfte im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht gegen falsche Anschuldigungen zu unterstützen. Wie dies in der Praxis aussehen soll, muss bewertet werden, nachdem die Plattform online ist.“

Regina Kittler (LINKE): „Ich rufe alle Pädagog*innen auf, sich nicht beirren und einschüchtern zu lassen. Wir stehen an Ihrer Seite, wenn sie entsprechend des Berliner Schulgesetzes Schüler*innen darin bestärken, jeglichen gewaltherrschaftlichen Lehren entgegen zu treten und für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde einzutreten. Ich erwarte eine rechtliche Prüfung sowohl durch das Abgeordnetenhaus als auch durch den Senat und zähle auf den Widerstand der Zivilgesellschaft.“

Marianne Burkert-Eulitz (Grüne): „Schülerinnen und Schüler in Stasi-Manier anzustacheln, damit sie ihre Lehrerinnen und Lehrer denunzieren, ist falsch und schadet dem gemeinsamen Lernen. Es wäre fatal, wenn persönliche Daten von Kindern und Lehrkräften ungeschützt in falsche Hände geraten. In Hamburg wurde das Portal aus Protest zugespammt. Es gibt auch in Berlin viele Gründe zur Kritik an der AfD.“

Weder in unserem E-Mail-Eingang, noch auf den Internetseiten von CDU- und FDP-Fraktion finden wir etwas zu diesem Thema. Und das ausgerechnet von zwei Parteien, die sich ansonsten so vehement für die Lehrerinnen und Lehrer einsetzen. Keine Meinung zu einem Thema zu haben, ist auch eine Haltung.

Ed Koch